IPG

KOMMENTAR 10.03.2017 | Christoph P. Mohr

Das Ende der Arbeit (wie wir sie kennen)

Automatisierung und Künstliche Intelligenz zerstören Arbeitsplätze, nur zusehen müssen wir dabei aber nicht.

US-Präsident Donald Trump wird keine Unzahl neuer Arbeitsplätze schaffen. Selbst wenn es ihm gelingen sollte, dass einige Firmen ihre Produktionsstätten zurück in die USA verlegen, führt Trump einen Kampf gegen Windmühlen, den er langfristig verlieren wird. Die Gründe sind simpel: 86 Prozent der zwischen 1990 und 2015 in den USA verlorenen Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe sind nicht auf eine Abwanderung nach Fernost oder Mexiko zurückzuführen, sondern auf eine Steigerung der Produktivität durch Technologie. Mit dem Produktivitätsniveau des Jahres 2000 müssten Firmen heute die doppelte Anzahl an Mitarbeitern beschäftigen, um die gleiche Quantität an Gütern zu erzeugen. Wir produzieren inzwischen also wesentlich mehr mit deutlich weniger Menschen.

Dieser Verlust von Arbeit ist – nicht nur durch die ökonomischen Konsequenzen für die einzelnen Menschen, sondern auch durch den teilweisen Identitätsverlust – eine Gefahr für das gesellschaftliche Miteinander und damit für das Fundament moderner Industriestaaten. Nicht ohne Grund konnte Trump gerade die „vergessenen Arbeiter“ im Rustbelt der USA als Wähler für sich gewinnen. Damit Menschen auch in Zukunft einen Platz in der Arbeitsgesellschaft haben, bedarf es einer klaren Zukunftsvision mit konkreten Maßnahmen zur Politikgestaltung. Was wenig hilft, sind isolationistische, rückwärtsgewandte Ansätze von Populisten. Denn: Technologischer Fortschritt lässt sich nicht zurückdrehen oder abschalten. Er ist nicht durch Mauern oder Einfuhrzölle aufzuhalten.

Maschinen können heute eine Vielzahl an physischen Arbeitsschritten ausführen, die noch vor wenigen Jahren exklusiv durch Menschen geleistet wurden. Sie können beispielsweise Bestellungen aufnehmen, Autos fahren oder sind der Produktion tätig. Apple-Zulieferer Foxconn hat im Jahr 2016 mehr als 40 000 (von einer Million geplanter) Roboter in Betrieb genommen, die mittelfristig die 500 000 Beschäftigten in der

Produktion ersetzen sollen. Adidas hat in Deutschland ein neues Werk gebaut, das fast ausschließlich durch Maschinen betrieben wird. Amazon hat bereits heute 45 000 Roboter im weltweiten Einsatz – Tendenz steigend. Automatisierung macht hier nicht Halt, sondern dehnt sich zunehmend auch auf andere Bereiche aus: Software ist durch Künstliche Intelligenz (KI) vermehrt in der Lage, auch kognitive Arbeiten zu übernehmen und arbeitet dabei zuverlässiger, günstiger und schneller als ihre menschlichen Konkurrenten.

Es sind also nicht nur Bus- und LKW-Fahrer oder Fließbandarbeiter, die sich durch diese Technologie bedroht fühlen müssen, sondern auch gut ausgebildete Fachkräfte wie Programmierer, Radiologen oder Anwälte.

Schon heute können KI-Systeme Daten auswerten, mit Menschen interagieren oder Texte erstellen. Es sind also nicht nur Bus- und LKW-Fahrer oder Fließbandarbeiter, die sich durch diese Technologie bedroht fühlen müssen, sondern auch gut ausgebildete Fachkräfte wie Programmierer, Radiologen oder Anwälte. Die am stärksten für Automatisierung geeigneten Arbeiten sind jene, die in hochstrukturierten und vorhersagbaren Umgebungen ausgeführt werden und auf Routine beruhen. In den Vereinigten Staaten machen diese – branchenübergreifend von der Herstellung bis zum Einzelhandel – über 50 Prozent der Wirtschaft aus. Sie generieren fast 2,7 Billionen US-Dollar an Löhnen. In anderen Industrieländern wie Deutschland sieht es ähnlich aus.

Hinzu kommt, dass die restlichen Arbeitsplätze deutlich umkämpfter sein werden. Nicht nur durch den entstehenden Druck auf dem inländischen Arbeits- oder den europäischen Binnenmarkt, sondern – was bestimmte Berufsgruppen betrifft – durch neue Formen des Outsourcings: Das Internet und leistungsfähige Computer haben die jahrhundertelang geltenden geographischen Entfernungen obsolet werden lassen und die Arbeitswelt transnationalisiert. „Cloudworker“ ergänzen als zukaufbares Potenzial den einheimischen Arbeitsmarkt und führen so zu einem verschärften Wettbewerb um nicht-automatisierte Arbeitsstunden. Es ist schon fast gängig, dass beispielsweise Arbeiten einer US-amerikanischen Anwaltskanzlei, die früher von Anwaltsgehilfen und juristischen Berufsanfängern erledigt wurden, nun durch zukaufbare, vollausgebildete Hilfskräfte an einem Computer im 5000 Kilometer entfernten Mumbai erledigt werden.

In Deutschland gibt es 2017 rund 43 Millionen Erwerbstätige, von denen der überwiegende Teil auf den Lohn zum Bestreiten ihres Unterhalts

angewiesen ist und nicht auf sonstige Kapitalerträge zurückgreifen kann. Arbeitslosigkeit führt also für einen großen Teil dieser Menschen zu einem wirtschaftlichen Abstieg, sozialer Entwurzelung und vermutlich hoher politischer Unzufriedenheit. Diese Gefahren können nicht unbedingt durch neu entstehende Berufsgruppen und Arbeitsplätze abgefedert werden. Sicherlich, in der Vergangenheit war es so, dass, wo immer Berufsgruppen verschwanden, neue entstanden. Maschinen können auch komplementär zu Arbeitern eingesetzt werden, statt sie vollständig zu ersetzen. Allerdings bedarf es hierfür der passenden Qualifikationen und Kenntnisse, und die schiere Menge der möglicherweise betroffenen Menschen könnte weit über dem Potenzial von neu entstehenden Berufen liegen. Hinzu kommt, dass diese Berufe nicht zwingend die gleiche monetäre Entlohnung, die soziale Sicherheit oder Sinnstiftung mit sich bringen, sondern zu einem Abstieg und einer abwärtsorientierten Lohnspirale beitragen könnten.

Um negative gesellschaftliche und politische Folgen abzufedern, bedarf es einer substanziellen Zukunftsinitiative, die bereits heute angegangen werden muss.

Die vierte industrielle Revolution verändert bereits die Arbeitswelt und die zugrundeliegenden politischen Systeme fundamental. Um negative gesellschaftliche und politische Folgen abzufedern, bedarf es einer substanziellen Zukunftsinitiative, die bereits heute angegangen werden muss. Begonnen werden kann hier – wie oft – bei der Bildung. Die vorangegangenen Änderungen der Arbeitswelt lehren uns, dass wir uns auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren und definieren müssen, welche Fähigkeiten in Zukunft nötig sein werden. In der Folge muss für eine zeitgemäße Aus- und Weiterbildung gesorgt werden, die Menschen auch künftig die Perspektive bietet, mit und durch Technologie erfolgreich an der Arbeitswelt teilzuhaben – in einer Art symbiotischer Beziehung. Investitionen in Infrastruktur und Forschung können die zwingend notwendigen Rahmenbedingungen zur Zukunftsgestaltung liefern, und Technologiefolgenabschätzung für mehr Verständnis für die zugrundeliegenden Prozesse sorgen. Auch die volkswirtschaftliche Größe ist relevant. Durch Wachstum könnten mehr Arbeitsplätze – auch zukunftsträchtige – generiert werden. Hierfür bedarf es neben klassischen auch neuer Ansätze. Beispiele hierfür: eine konkurrenzfähige Gründerszene

und damit verbunden eine zeitgemäße Neuordnung des Insolvenzrechts, sinnvolle regulatorische Rahmenbedingungen und länderübergreifende Partnerschaften. Auch ein Verantwortungsbewusstsein von Firmen ist unerlässlich: Nur wo anständige Löhne gezahlt werden und nicht jeder Arbeitsplatz durch eine Maschine wegrationalisiert wird, kann langfristig Konsum erhalten bleiben; denn wo keine Einkünfte sind, gibt es keine Konsumenten. Nicht zuletzt muss auch ein Umverteilungsmechanismus für gesamtgesellschaftliche Erträge, wie beispielsweise ein (bedingungsloses) Grundeinkommen oder eine negative Besteuerung, Gegenstand von Debatten um die Neugestaltung der kommenden Gesellschaft mit einer digitalen und automatisierten Arbeitswelt sein.

Politik reagiert häufig als spätes Korrektiv: Entwicklungen schreiten voran und werden erst dann adressiert. Neue Technologien entwickeln sich allerdings derart rasant, dass wir die Rahmengestaltung der Zukunft nicht länger aufschieben dürfen, sonst kommen wir sehr bald am Ende der Arbeitswelt an und werden die politischen Folgen zu tragen haben.



Christoph P. Mohr
Delhi

Christoph P. Mohr leitet das Indien-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Delhi. Zuvor war er Regionaldirektor der FES in Kasachstan und Usbekistan. Er ist Mitherausgeber des Bandes *Flucht, Migration und die Linke in Europa* (Dietz 2017).